

Rheinmetall stellt um – Waffenproduktion in unserer Nachbarschaft?!

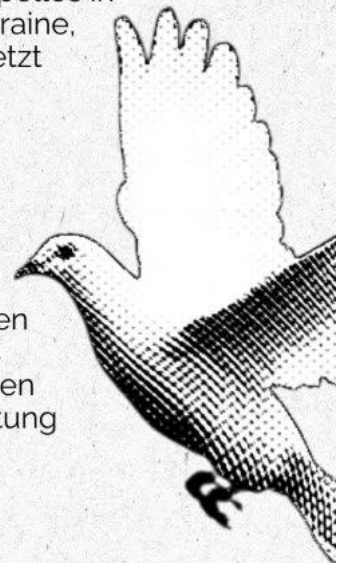
Der größte Rüstungsproduzent Deutschlands, Rheinmetall, stellt den ehemaligen Automobilzulieferer „Pierburg“ in Berlin am Humboldthain derzeit komplett um. Ab Juli 2026 sollen dort Komponenten für 155-mm-Artillerie-Munition vom Band laufen – todbringende 45 kg schwere Geschosse. Damit wird in unserer direkten Nachbarschaft zum ersten Mal seit 1945 wieder Munition hergestellt, die überall auf der Welt Krieg und Zerstörung bringt. Außerdem wird der Wedding damit potenziell zum Angriffsziel.

Aus Tod, Zerstörung und Krieg schlagen Rüstungskonzerne Profit

Rheinmetall bereichert sich an Kriegen. Der Konzernumsatz lag im letzten Jahr bei 9,75 Milliarden Euro. Der Aktienkurs hat sich in den letzten Jahren verzehnfacht. Durch den Beschluss der Bundesregierung, die Schuldenbremse für Rüstungsausgaben aufzuheben, wird Rheinmetall seine Profite noch weiter steigern. Die 155-mm-Artillerie-Munition, für die im Wedding Teile hergestellt werden sollen, wird von NATO-Staaten eingesetzt und skrupellos in viele Länder exportiert, darunter Russland (bis 2022), die Ukraine, Saudi-Arabien und die Türkei. Auch das israelische Militär setzt Panzerkanonen und Munition von Rheinmetall beim Genozid in Gaza ein.

Profite für wenige – Notstand für viele

Miete, Heizung, Lebensmittel – für viele Menschen reicht das Geld in Deutschland hinten und vorne nicht mehr. Millionen sind auf die Hilfe von Tafeln angewiesen, Kinder leben in Armut und die Zustände in Krankenhäusern, Schulen und Kitas sind katastrophal. Doch statt in die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen zu investieren, setzen CDU, SPD und Grüne auf Aufrüstung. Diese massive Aufrüstung wird durch Kürzungen bei Sozialem, Klimaschutz, Kultur, Bildung und Gesundheit finanziert.



Wehrpflicht? Nein, danke!

Während die deutsche Regierung aufrüstet, fehlt es an Kriegsbegeisterung in der Bevölkerung – besonders bei den jungen Menschen, die davon betroffen wären. Deshalb wird laut über die Wiedereinführung der Wehrpflicht nachgedacht – also über Zwang. Das wollen wir verhindern! Wir sterben nicht für ihre Kriege!

Umverteilung von Rüstung und Militär zum guten Leben für alle!

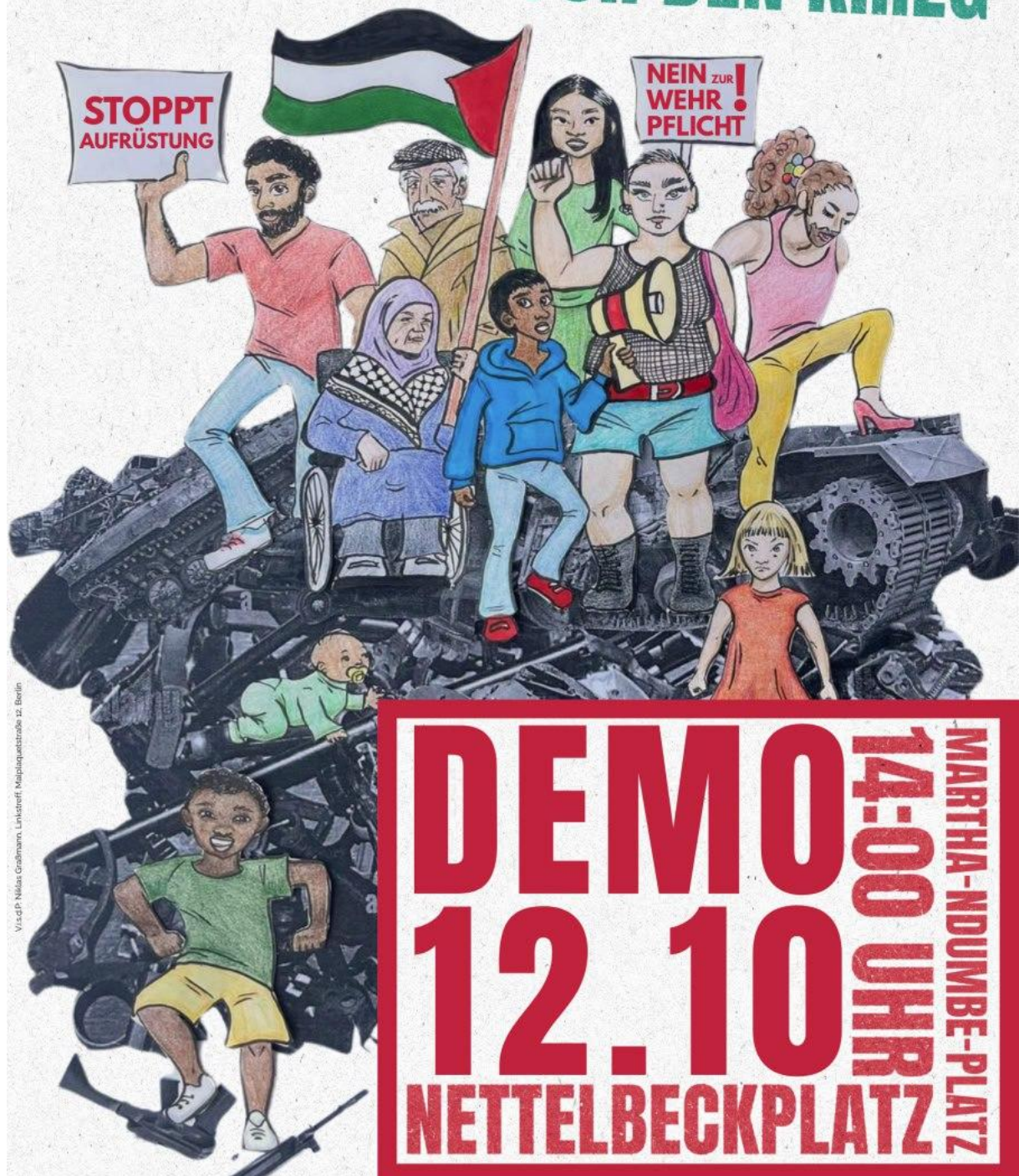
Wir fordern: 500 Milliarden für Gesundheit, Bildung und Soziales statt für Waffen! Wir verlangen den Erhalt der Arbeitsplätze im Wedding, aber eine Umstellung der Produktion auf gesellschaftlich und ökologisch benötigte und sinnvolle Produkte.



Deshalb:

Kommt am Sonntag, dem **12. Oktober um 14 Uhr** mit uns zum **Nettelbeckplatz** (bald: Martha-Ndumbe-Platz), um Rheinmetall unter Druck zu setzen und gegen Aufrüstung und Wehrpflicht zu demonstrieren!

GELD FÜR DEN KIEZ STATT WAFFEN FÜR DEN KRIEG



Vis. d. P. Niklas Graßmann, Linkstreff, Malplaquetstraße 12, Berlin